



Rede

der stellv. Vorsitzenden der CDU-Fraktion

im Rat der Stadt Oberhausen

Stadtverordnete Gundula Hausmann-Peters

zum Haushalt 2024

Ratssitzung, 05. Februar 2024

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
verehrte Gäste!

„Aus der Geschichte lernen, die Demokratie stärken!“

unter dieser Überschrift haben sich über 280 Nachkommen deutscher Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer gegen Adolph Hitler und das nationalsozialistische Regime zusammengeschlossen und einen gemeinsamen Appell formuliert, indem sie vor dem Erstarken rechtsextremistischer Kräfte warnen und jeden Einzelnen auffordern, für den Erhalt unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung einzustehen.

Im ganzen Land gehen derzeit Menschen auf die Straßen, um gegen das Erstarken rechtsradikaler Kräfte zu demonstrieren – ein bedeutender Beitrag, um die Freiheit und Offenheit in unserer Gesellschaft auch zukünftig zu bewahren. Ich erinnere in diesem Zusammenhang gerne noch einmal an die Demonstration in der vorletzten Woche hier bei uns in Oberhausen auf dem Friedensplatz, bei dem über 5000 Oberhausener und Oberhausenerinnen mit ihrer Anwesenheit ein klares Zeichen gesetzt haben.

Dieses Engagement begrüßen wir ausdrücklich! Es macht uns Mut. Vielen Dank dafür!

Wir wünschen uns, dass dieses Engagement nachhaltig ist, aufrechterhalten wird und weiterwächst. Jeder Einzelne von uns ist aufgefordert, Haltung zu zeigen und seine Stimme nicht nur zu erheben, sondern auch abzugeben. Denn so banal es klingt, so wichtig ist es auch, - und hier möchte ich mich dem oben genannten Appell anschließen - den Menschen zu vermitteln: Geht zur Wahl! Nutzt euer Recht, zu wählen. Je höher die Wahlbeteiligung ist, desto weniger Chancen haben rechtsextreme Parteien, in die Parlamente einzuziehen.

Jede Demonstration gegen rechtsradikales Gedankengut, Ausgrenzung, Rassismus und Antisemitismus unterstützen wir als CDU ausdrücklich.

Daher haben wir mit Entsetzen die furchtbaren Ereignisse am 07. Oktober des vergangenen Jahres wahrgenommen, als es in Israel zum größten antisemitischen Massenmord seit dem Holocaust kam. Für uns unerträglich ist es dann, wenn im Anschluss auf unseren Straßen –

zum Teil in unseren Nachbarstädten – Menschen zu „Demonstrationen“ auf die Straßen gehen, den Kalifatsstaat ausrufen und wir an vielen Stellen schreckliche antisemitische Vorfälle wahrnehmen müssen.

Auch das – meine Damen und Herren – ist für uns als CDU nicht akzeptabel und dagegen müssen wir auf das Entschiedenste vorgehen!

Der israelbezogene Antisemitismus muss klar benannt und bekämpft werden. In Deutschland darf es nie wieder Raum für Judenhass geben, unabhängig von welcher Seite er kommt. Wir appellieren an alle gesellschaftlichen Gruppen, Parteien und Gruppierungen, ihre Verantwortung wahrzunehmen und gleichermaßen gegen jegliche Form von Antisemitismus einzutreten.

In den vergangenen Jahren waren wir weltweit mit vielen Krisen konfrontiert, die Deutschland und auch unsere Stadt Oberhausen vor große Herausforderungen gestellt haben.

Das vergangene Jahr machte dabei keine Ausnahme: Zur „Stapelkrisensituation“ der vergangenen Jahre, kamen weitere Krisen hinzu, wie der furchtbare Krieg im Nahen Osten.

Die Menschen machen sich Sorgen - und sie machen sich auch deshalb Sorgen, weil sie das Vertrauen in die derzeitige Bundesregierung verloren haben - das Vertrauen darauf, dass diese Regierung in der Lage ist, die Herausforderungen auch nur im Ansatz zu bewältigen.

Zaudern, Stillschweigen, ideologisches Denken, Kämpfe und Meinungsverschiedenheiten im eigenen Kabinett sind die Dinge, die wir alle wahrnehmen. Es geht mal in die eine Richtung, dann in die andere, da werden z.B. Sondervermögen von Herrn Habeck angekündigt, nur um dann – nicht mal einen Tag später - von Herrn Lindner wieder einkassiert zu werden. Dieses Hin und Her, die Unzuverlässigkeit – meine Damen und Herren - braucht kein Mensch!

Wir benötigen eine verantwortungsvolle und verlässliche Politik, die die Sorgen und Ängste der Menschen wahr- und ernstnimmt und in der Lage ist, angemessene und sinnvolle Antworten und Lösungen zu finden und diese auch auf den Weg zu bringen.

Nicht mehr, aber auch nicht weniger ist Aufgabe von Politik, auf Bundes-, Landes und auch auf kommunaler Ebene. Unsere Wählerinnen und Wähler dürfen -ja, müssen - von uns erwarten können, dass wir unserer Aufgabe in der Verantwortung für den Staat, das Land oder die Stadt und das Wohl der Bürgerinnen und Bürger gerecht werden. Diesen Auftrag nehmen wir als CDU gerne an.

Im Rahmen unseres Handlungsspielraumes versuchen wir als Vertreter unserer Parteien im Rat nach bestem Wissen und Gewissen unsere Ideen im Sinne des Wohles der Menschen in unserer Stadt auf den Weg zu bringen. Aber, meine Damen und Herren, da machen wir uns nichts vor, der Handlungsrahmen, der zur Verfügung steht, findet seine Grenzen in den finanziellen Möglichkeiten. Politisches Handeln und die Umsetzung politischer Beschlüsse erfordern finanzielle Mittel. Das ist schlichtweg die Realität!

Und zur Realität gehört auch, dass wir heute – bei allen Diskussionen und unterschiedlichen Prioritäten - im Interesse unserer Stadt - zu einem genehmigungsfähigen Haushalt kommen müssen. Die Alternative und die damit verbundenen Handlungseinschränkungen können und dürfen nicht in unserem Interesse sein. Wir wollen keinen Stillstand in unserer Stadt!

Daher mein Appell: Lassen Sie uns, da wo nötig, in der Sache streiten, lassen Sie uns aber das gemeinsame Ziel nicht aus den Augen verlieren.

Das erste Mal seit sieben Jahren gelingt es 2024 nicht, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Insofern ist das hier heute zur Diskussion stehende Haushaltssicherungskonzept notwendig. Ich mache keinen Hehl daraus, dass wir als CDU an einigen Stellen des Haushaltssicherungskonzeptes Bedenken hatten und haben. Das Sparen bereitet nie Freude, doch die aktuelle Situation erfordert es leider zwingend.

Entscheidend ist für uns aber auch, welches Signal wir an die Bürgerinnen und Bürger senden. Es ist für uns nicht akzeptabel, Einsparungen zu beschließen, die die Bürger belasten und der Stadt weh tun werden, während wir uns als Politik selber vom Sparen ausnehmen. Mit Überzeugung, wenn auch mit wenig Freude, werden wir daher dem ersten Punkt im Haushaltssicherungskonzept ausdrücklich zustimmen: *„Einsparungen der Gesamtaufwendungen für Rats-, Fraktions- und Ausschusssitzungen um 5%“*.

Ja, das wird uns alle hier treffen, aber das Signal, das wir damit an die Bürgerinnen und Bürger senden, ist von großer Bedeutung. Eine Politik, die immer nur andere zum Sparen auffordert, es aber selbst nicht tut, verliert ihre Glaubwürdigkeit. Und dazu gehört für uns als CDU auch, liebe SPD, lieber Manfred Flore, dass wir Strukturen an sich auf den Prüfstand stellen und dort, wo sie nicht zwingend notwendig sind, auch wieder revidieren. Aus unserer Sicht ist das beim dritten Bürgermeister und bei den zweiten Stellvertretern der Bezirksbürgermeister der Fall. Und daher schlagen wir vor, diese Positionen ab der kommenden Legislatur wieder zu streichen, um weitere Einsparungen zu generieren.

Wir bleiben bei unserer Position, Steuer- und Abgabenerhöhung abzulehnen. So streben wir auch in Zukunft an, die Gewerbesteuersätze in Oberhausen zu senken, auch wenn wir leider dafür im aktuellen Haushalt keine Möglichkeit sehen. Die Rekordgewerbesteureinnahmen verdeutlichen aber die Bedeutung der Wirtschaft als Rückgrat unserer Stadt. Daher ist es aus unserer Sicht essenziell, den Wirtschaftsstandort Oberhausen zu stärken und attraktiv zu gestalten. Nicht auszudenken, über welche Dinge wir hier heute entscheiden müssten, wäre das in den vergangenen Jahren unter unserem Oberbürgermeister Daniel Schranz nicht so konsequenterweise verfolgt worden. Bevor Daniel Schranz 2015 das Zepter in Oberhausen übernommen hat, lagen die Gewerbesteureinnahmen bei rund 70 Mio. EUR. Im vergangenen Jahr, meine Damen und Herren, lagen sie bei rund 150 Mio. EUR. Stellen Sie sich einmal vor, wir müssten in diesem Haushaltssicherungskonzept über weitere 80 Mio. EUR an Einsparungen und Neueinnahmen diskutieren und streiten.

Wir haben uns intensiv mit dem städtischen Haushalt und auch mit dem Haushaltssicherungskonzept befasst. Bei all unseren Ideen und Vorstellungen war uns besonders wichtig, langfristige Schäden, die aus unserer Sicht für die Stadt durch die Einsparungen entstehen würden, zu vermeiden. Und das bedeutet: Die Einführung einer Beherbergungssteuer und die Ausweitung der Parkgebühren lehnen wir ab.

Eine Beherbergungssteuer ist aus unserer Sicht nichts anderes als eine branchenbezogene Erhöhung der Gewerbesteuer. Das zarte Pflänzchen des Aufschwungs gerade auch für unsere Hotel- und Pensionsbetriebe in Oberhausen nach den schwierigen Jahren der Corona-Krise würden wir nun im Keim ersticken. Wir würden Oberhausen für Touristen und Dienstreisende nicht nur unattraktiver machen, sondern gleich ganz dafür sorgen, dass diese Betriebe kaum noch eine Chance hätten in den einschlägigen Onlineportalen vorzukommen. Die DEHOGA geht sogar von einem Einbruch um 10% bei den Übernachtungszahlen aus. Das können und dürfen wir uns in Oberhausen nicht leisten. Oberhausen ist vielleicht nicht die schönste Stadt der Welt... aber nah dran. Machen wir es den Nicht-Oberhausenern leicht, sich selbst davon zu überzeugen.

Genauso schätzen wir die Situation bei den Parkgebühren ein: Wir überlegen seit Jahren, wie wir unsere Innenstädte attraktiveren und beleben können und sind unserem Beigeordneten Herrn Dr. Palotz dankbar, dass er nun seit zwei Jahren einen spürbaren Drive in die Innenstädte bekommt: Die Fertigstellung des kleinen Marktes in Sterkrade samt der nun beschlossenen Neugestaltung der Fußgängerzone und des Bahnhofsvorplatzes seien hier erwähnt,

ebenso wie die nun beschlossenen Konzeptionen, die die Marktstraße in Alt-Oberhausen modernisieren und ihr eine echte Chance zur Wiederbelebung geben. All diese Bemühungen würden wir unterminieren, wenn wir jetzt anfangen, es den Menschen schwerer zu machen, in unsere Innenstädte zu kommen. Eigentlich müsste das Gegenteil der Fall sein: Wir brauchen eher zusätzlichen, günstigen – und bestenfalls sogar kostenlosen Parkraum – für Anwohner und Besucher unserer Innenstädte. Mit den Quartiersparkhäusern liegen unsere Vorschläge dazu schon lange auf dem Tisch. Eine Erhöhung der Parkgebühren, wird es aber mit unseren Stimmen nicht geben.

Wir möchten die positiven Entwicklungen der letzten Jahre für das Wohl unserer Bürgerinnen und Bürger sowie für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung der Stadt nicht durch ungünstige Anreize oder Einsparungen gefährden. Wir laden alle ein, die diese Überzeugung teilen, unsere Vorschläge zu unterstützen.

Voraussichtlich wird auch in der heutigen Diskussion wieder der Ruf nach der für uns so wichtigen Altschuldenlösung platziert werden. Zurecht!

Machen wir uns aber nichts vor: Die finanziellen Herausforderungen für die Kommunen in NRW und besonders hier im Ruhrgebiet sind hoch, die Ursachen vielfältig und komplex. Zusätzlich müssen aber auch die Aufgaben bewältigt werden, die zusätzlich durch den Bund zugewiesen werden, insbesondere die hohen Kosten für die Unterbringung von Geflüchteten. 20.000 EUR kostet die Unterbringung eines Geflüchteten pro Jahr, lediglich 7.500 EUR gibt der Bund hinzu.

Ich möchte deutlich betonen: Ja, wir wollen helfen. Menschen, die vor Krieg oder politischer Verfolgung in unser Land flüchten genießen unseren Schutz. Dazu stehen wir.

Wir brauchen aber schnellstmöglich klare Regelungen, um die irreguläre Zuwanderung nach Deutschland zu begrenzen und wir brauchen mehr Unterstützung durch den Bund bei der Finanzierung der Versorgung und Unterbringung von Geflüchteten.

Im Moment werden wir hier in jeder Hinsicht im Stich gelassen. Dabei sind es gerade wir Kommunen, die bei der Bewältigung dieser so wichtigen Aufgabe in der ersten Reihe stehen.

Diese Ignoranz, meine Damen und Herren, setzt sich aber leider auch in anderen Bereichen fort. Vielleicht dazu einige Stichworte:

Kommunale Wärmeplanung, Ganztagsbetreuungsplätze für Schulkinder, Ausbau des ÖPNV, Katastrophenschutz, Digitalisierung kommunaler Verkehrssysteme, alternative Kraftstoffe für Verbrennungsmotoren, all das sind Themen und Herausforderungen, mit denen die Kommunen umgehen müssen, aber auch hier werden sie bei der Umsetzung im Stich gelassen. Tragfähige und verlässlichen Konzepte von Seiten der Bundesregierung: Fehlanzeige!

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Ampelparteien, ich kann nur an Sie appellieren: Bitte machen Sie Ihren Parteifreundinnen und -freunden in Berlin Dampf. Nur der Druck aus den eigenen Reihen kann die Ampel in Berlin dazu bringen, ihren kommunalfeindlichen Kurs zu ändern!

Und auch, wenn Sie das nicht gerne hören: Die Landesregierung kommt ihrer Verantwortung nach und unterstützt die Kommunen nachhaltig. Im Landeshaushalt für das Jahr 2024 werden allein 36 Milliarden Euro für die Kommunen bereitgestellt, das ist nahezu ein Drittel des Gesamthaushalts. Dieser erhebliche finanzielle Beitrag stärkt maßgeblich unsere Handlungsfähigkeit vor Ort. Das Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) sieht 2024 sogar eine Rekordsumme von 15,3 Milliarden Euro für die Kommunen vor. Eine solche hohe Summe gab es zuvor noch nie. Dies unterstreicht das Engagement des Landes, die kommunale Ebene nachhaltig zu unterstützen.

Zusätzlich zu diesen Mitteln hat die Landesregierung den Kommunen Ende des vergangenen Jahres kurzfristig weitere 808 Millionen Euro zugewiesen, um die Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten zu gewährleisten.

Im kommenden Jahr wird das Land für jeden Euro, den der Bund den Kommunen dafür bereitstellt, weitere drei Euro beisteuern. Diese finanzielle Unterstützung ist ein bedeutender Schritt, um die Herausforderungen vor Ort zu bewältigen. Diese Unterstützung ist das, was wir brauchen, meine Damen und Herren.

Als CDU-Fraktion haben wir uns auch im vergangenen Jahr für eine zukunftsorientierte, realistische und dem Menschen nahe Politik eingesetzt. Wir setzen auf innovative Lösungen und gestalten aktiv die Weichen für eine erfolgreiche Zukunft. Dabei legen wir großen Wert darauf, auf gesellschaftliche Fragen nicht mit Verboten und Geboten zu reagieren. Politik funktioniert nur **mit** dem Bürger und nicht **gegen** ihn.

Konkret haben wir uns auf kommunaler Ebene für die Sicherheit der städtischen Mitarbeiter eingesetzt und die Einführung eines **Zentralen Melde- und Auskunftssystems bei Gefährdungen (ZEMAG)** initiiert. Darüber hinaus haben wir die **Weiterentwicklung bestehender**

Gewerbegebiete angestoßen, das **Betanken von städtischen Dieselfahrzeugen mit umweltfreundlichem HVO-Kraftstoff** mit breiter Mehrheit in diesem Gremium gefördert. Das Erstaunliche dabei ist: Wer den Klimawandel ohne Verbote und Gebote bekämpfen möchte, muss dies scheinbar wohl immer mit politischen Mehrheiten abseits der Grünen tun! Wirklicher Klimaschutz scheint nicht so Ihr Ding zu sein, liebe Kolleginnen und Kollegen der Grünen!?

Wir haben mit der **Optimierung des Sporthallen- und Schwimmbadmanagements**, der **Initiierung der kommunalen Wärmeplanung** in und für Oberhausen, der Verabschiedung zweier **Rahmenpläne für Bildung**, der **Förderung einer familienfreundlichen Eigentumspolitik** und den unterschiedlichen Initiativen zur **Bekämpfung von Einsamkeit** große übergeordnete und wichtige Themen angestoßen, verabschiedet und auf den Weg gebracht und auch z.B. mit der Einrichtung einer **Beratungsstelle für Photovoltaik-Anlagen** auf großen Gewerbeimmobilien oder der **Abpollerung auf der unteren Marktstraße** ganz konkrete Maßnahmen angestoßen.

Viele wichtige Projekte, die unsere Stadt weiter nach vorne bringen. Ich möchte mich an dieser Stelle bei allen hier im Raum für die Zustimmung in den unterschiedlichsten Feldern bedanken!

Wir freuen uns, dass die Umfragen aus der Bürgerbefragung "Leben in Oberhausen" belegen, dass die Bürgerinnen und Bürger Vertrauen in unsere kommunale Verwaltung, unsere Beigeordneten und unseren Oberbürgermeister haben. Der unermüdliche Einsatz unserer Stadtspitze macht das möglich und die erreichten Ziele im vergangenen Jahr belegen dies:

Der Wirtschaftsstandort konnte durch wichtige **Neuansiedlungen** gestärkt werden, die Investitionen in unsere **Bildungsinfrastruktur** konnten ausgebaut werden und haben Rekordwerte erreicht und die **Stadtteilentwicklung** hat in diesem Jahr einen Quantensprung gemacht: Der Revierpark Vonderort, der Multifunktionskomplex für Osterfeld (Das „Forum Osterfeld“... Und zum Glück nicht „Klotz“, liebe Kolleginnen und Kollegen), die Fertigstellung des kleinen Marktes in Sterkrade mit den Planungen der Bahnhofsstraße und zum Bahnhofsvorplatz, die Dreiteilung der Marktstraße und die Weiterentwicklung des Altmarktes mit den Plänen zur besseren Anbindung zwischen Hauptbahnhof und Innenstadt für Alt-Oberhausen und ganz zu schweigen der Rahmenplan „Neue Mitte“ und damit das Entstehen eines ganz neuen Stadtteils für Oberhausen. Viel wurde im Sinne unserer Bürgerinnen und Bürger bewegt! Und auch dafür möchte ich mich stellvertretend für die CDU-Fraktion herzlich bei unseren Beigeordneten und unserem Oberbürgermeister bedanken.

Im diesem Jahr 2024 werden wir als CDU-Fraktion unsere Bemühungen in allen Themenbereichen intensivieren und auch bei Ihnen an vielen Stellen für Mehrheiten werben. Wir setzen auf eine bürgernahe Politik, die ohne Verbote und Gebote die Bürgerinnen und Bürger überzeugen kann.

Trotz der knappen Kassen sehen wir – die Einigung zum Haushalt heute vorausgesetzt – einen guten Handlungsspielraum für unsere Stadt. Wir werden die Bekämpfung von Einsamkeit in Oberhausen entschieden weiter voranbringen. Wir werden unsere Wirtschaft stärken, indem wir die Schwarzarbeit und den Fachkräftemangel bekämpfen. Wir werden ein Programm „Oberhausen fit für 100 Prozent“ anstoßen, um Vollzeitarbeit in Oberhausen zu attraktivieren. Wir werden eine mittelstandsorientierte Verwaltung in Oberhausen forcieren. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die Schulabbrecherquote in Oberhausen sinkt. Wir wollen ein gutes Angebot für hochwertiges urbanes Wohnen in unserer Stadt fördern. Dazu gehört für uns als CDU, dass nicht jedes Neubauprojekt zwingend mit einem Pflichtanteil von Sozialwohnraum ausgestattet sein muss! Wir brauchen sozial geförderten Wohnraum, ja, aber nicht ausschließlich. Wir brauchen auch ein hochwertiges Wohnangebot, um für einkommensstarke Menschen attraktiv zu sein. Denn zur Wahrheit gehört: Wenn unsere Solidargemeinschaft und unserer Sozialnetz funktionieren soll, dann braucht es auch Menschen, die einzahlen.

Wir wollen als CDU die Cybersicherheit städtischer Informationssysteme voranbringen. Wir wünschen uns in Oberhausen ein Konzept zur Förderung der Sicherheit und wollen in diesem Zusammenhang auch die Videobeobachtung in Oberhausen forcieren. Wir wollen im Rahmen von Smart-Mobility-Lösungen durch einen digitalen Parkplatzfinder den Suchverkehr in Oberhausen minimieren. Wir werden uns nicht nur entschieden dagegen einsetzen, dass weitere Stellplätze in den Innenstädten wegfallen, sondern durch die effizientere Nutzung von vorhandenen Angeboten auch für die Schaffung von neuem Parkraum einsetzen.

Wir nehmen uns viel vor, weil wir viel für unsere Heimatstadt bewegen wollen und werben schon jetzt auch bei Ihnen allen: Wer Oberhausen abseits ideologischer Prinzipien verbindend, bürgernah und offen gestalten möchte, der ist herzlich eingeladen dies zusammen mit uns zu tun!

Vielen Dank und Glück Auf!

Oberhausen, 5. Februar 2024

Haushaltsrede der Vorsitzenden der SPD-Ratsfraktion, Sonja Bongers MdL

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

das Weihnachtshochwasser der Ruhr mit der Sorge um die Stabilität des Deichs im Ruhrpark war das beherrschende Thema zwischen den Jahren. Als Alstadenerin habe ich den hochprofessionellen Rettungseinsatz von fast tausend Helfern am durchweichenden Damm natürlich mit Herzblut verfolgt. Ich bedanke mich auch an dieser Stelle noch einmal bei den vielen haupt- und ehrenamtlichen Kräften von Feuerwehr, THW und den weiteren Hilfsorganisationen, die Tag und Nacht auf dem Posten standen und die Situation jederzeit unter Kontrolle hatten. Wieder einmal, liebe haupt- und ehrenamtliche Katastrophenschützer, haben Sie erstklassige Arbeit geleistet und der ganzen Stadt gezeigt, wie souveränes Krisenmanagement geht. Es lässt uns alle ruhiger schlafen, dass es Sie gibt und wir uns im Notfall hundertprozentig auf Sie verlassen können.

Nichtsdestotrotz: Wir hatten auch wieder Glück. Hätte es nur wenige Tage länger geregnet, wären die Pegelstände in den Bereich des Jahrhunderthochwassers vom Juli 2021 oder gar darüber hinaus angestiegen, hätte die Lage schnell eskalieren können. Und wenn dieser Damm erst einmal bricht, unterspült oder überschwemmt wird, wischen wir nicht einfach ein paar größere Pfützen auf, dann steht ein ganzer Stadtteil unter Wasser. Deshalb muss die Sanierung des Ruhrdeichs spätestens jetzt höchste Priorität erhalten und zur Chefsache erklärt werden, da muss richtig Schub

rein. Es darf nicht wieder passieren, dass mit fallendem Pegel auch Wachsamkeit und Problembewusstsein der Verantwortlichen zurückgehen, wie nach dem vorletzten Warnschuss im Sommer 21. Wir haben schon zu viel Zeit verloren. Der Klimawandel schreitet voran und mit „Jahrhunderthochwassern“ ist mittlerweile viel häufiger zu rechnen, als der Begriff suggeriert. Eins ist sicher: Wenn Alstaden absäuft, wird auch eine Reihe von Karrieren in Politik und Verwaltung baden gehen, aber das wäre dann doch das geringste Problem.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

in Oberhausen heißt es heute Abschied nehmen: Abschied von sieben aufeinanderfolgenden Jahren mit ausgeglichenen Haushalten, genehmigten Haushaltssicherungskonzepten und schwarzen Nullen im Ergebnisplan, auch wenn dies zuletzt nur noch mit erlaubter Bilanzfälschung zustande kam. Das waren beileibe keine sieben fette Jahre für unsere Stadt. Aber wir hatten uns doch ein bescheidenes Maß an Handlungs- und Entscheidungsfreiheit zurückerkämpft nach den Jahrzehnten der Fremdbestimmung durch die Kommunalaufsicht. Alles vorbei. Es ist, als hätten sich sämtliche Konsolidierungserfolge der Stärkungspaktjahre in Luft aufgelöst. Wir stehen wieder am Anfang von sieben oder mehr mageren Jahren.

Einen ersten Eindruck davon, wie es ohne Hilfe von außen jetzt weitergehen wird, vermittelt das Haushaltssicherungskonzept 2024: Einführung neuer Steuern und Erhöhung bestehender, Friedhofsgebühren rauf, Mieten und Pachten auch, Kürzung der Zuschüsse an die städtischen Töchter, Einsparungen bei den Hilfen für Familien und anderen Sozialleistungen, darüber hinaus die zweiprozentige globale Minderausgabe quer durch alle Bereiche, und damit ist die Liste der Grausamkeiten noch lange nicht ausgereizt. Ich bin eigentlich seinerzeit nicht in die Kommunalpolitik gegangen, um meinen Mitmenschen das Leben immer teurer und schlechter zu machen. Steuer- und Gebührenschrauben über die Schmerzgrenze hinaus noch straffer anziehen, städtische Angebote amputieren, tiefe Einschnitte in die soziale, kulturelle und sportliche Infrastruktur beschließen: Wenn das auf Dauer die Aussichten für ehrenamtliches Engagement in Rat und Bezirksvertretungen sind, dann verkommt das kommunale Mandat zur Spielwiese von Sadisten oder Masochisten. Die alles entscheidende Frage lautet: Dürfen wir auf Hilfe von außen hoffen?

Nach etlichen Jahren der Trödelei und als letztes der fünf westdeutschen Flächenländer mit besonders vielen und besonders hoch verschuldeten Kommunen bequeme sich nun endlich auch die Landesregierung NRW dazu, eine eigene Altschuldenlösung für Städte in Finanznot auf den Weg zu bringen. Diese Vorleistung des Landes ist bekanntlich die zentrale Voraussetzung für eine anschließende Beteiligung des Bundes an den Entschuldungsprogrammen. Am 19.06.23 vorgestellt und schon am 22.08.23 kleinlaut wieder einkassiert, tanzte der Vorschlag von Kommunalministerin Scharrenbach nicht mal einen Sommer. Auf der Expertenanhörung am 18.08.23 im Landtag ließen die Fachleute kaum ein gutes Haar an dem Konzept, es hagelte Ohrfeigen für die Regierung wie in einem Western mit Terence Hill und Bud Spencer. Hauptkritikpunkt: Die Weigerung von Schwarz-Grün, eigenes Geld für die Altschuldenlösung in die Hand zu nehmen, und stattdessen die Gemeinden ihre Entschuldung über eine Umverteilung im Gemeindefinanzierungsgesetz selber blechen zu lassen, frei nach einer Art

pervertiertem Robin-Hood-Motto „Wir nehmen es den Notleidenden und geben es den ganz Elenden“.

Fassungslos kommentierte der Landeskorrespondent der WAZ: „Es ist schon perfide, eine Altschuldenlösung über die Gemeindefinanzierung anzugehen, denn hier geht es um Geld, das die Städte vom Land jedes Jahr bekommen und auch dringend benötigen, zum Beispiel für Kitas und Schulen.“ Ministerin Scharrenbach sah sich gezwungen, ihren Entwurf zurückzuziehen und die Altschuldenlösung erst mal auf 2025 zu vertagen. Im Ergebnis bleiben eine blamierte Landesregierung mit einer Kommunalministerin zum Fremdschämen und, viel schlimmer, wieder ein verlorenes Jahr für die Kommunen. Und es wird angesichts steigender Zinsen für alle Beteiligten immer teurer. Die Altschuldenlösung hätte viel früher kommen müssen, als man das Geld fast noch geschenkt bekam.

Die gleiche Arroganz, Ignoranz und Hartherzigkeit zeichnet diese Landesregierung auch beim Umgang mit den Existenzproblemen der sozialen Träger aus. Über 20.000 Menschen aus dem Sozialbereich demonstrierten kürzlich vor dem Landtag. Doch eine ernsthafte Befassung mit ihren Anliegen, geschweige denn echte materielle Hilfe wird kalt lächelnd verweigert. Stattdessen wird immer nur auf Berlin gezeigt. Wegducken und der eigenen Verantwortung nicht gerecht werden, das scheint heute in Nordrhein-Westfalen als höchste Form des politischen Gestaltens durchzugehen.

Ohne Altschuldenlösung können wir jedenfalls schon in Kürze die Bücher zuklappen, dann wird uns die Zinsschlinge erwürgen. Ohne Altschuldenlösung droht unseren Kommunen multiples Organversagen. Und Oberhausen würde es natürlich mit als Erstes erwischen. Aber selbst wenn uns Bund und Land doch noch von den Altschulden-Mühlsteinen befreien sollten – die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt – geht in den Städten noch lange nicht wieder die finanzwirtschaftliche Sonne auf. Denn die über Jahrzehnte aufgelaufenen Liquiditätskredite sind ja ebenfalls nur Symptom und Folge eines tiefer liegenden Problems: Nämlich dem chronischen

Missverhältnis zwischen der ständig wachsenden Aufgabenfülle der Kommunen und der notorischen Unterversorgung mit den dafür zugestandenen Ressourcen durch Bund und Land. Konnexität ist in Deutschland in jeder Hinsicht ein Fremdwort.

Die Kommunen haben für Bund und Land immer wieder die Kohlen aus dem Feuer geholt, zuletzt bei Corona und den Flüchtlingskrisen, aber dieses Mal geht es so richtig ans Eingemachte. Die letzten Reserven sind aufgebraucht und die kommunale Finanzkatastrophe, die jetzt auf uns zurollt, hat eine ganz neue Qualität. Sie trifft nicht nur die üblichen Verdächtigen im Ruhrgebiet oder im Bergischen Land, sondern die große Mehrheit der Kommunen in NRW mit bisher ungekannter Wucht. Wann hätte man das schon mal erlebt, dass 350 gestandene Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sich zusammenraufen und einen gemeinsamen Brandbrief bzw. Hilfeschrei an den Ministerpräsidenten absetzen? Und wie reagiert die Landesregierung auf diesen Hilferuf? Legt sie einen neuen Stärkungspakt auf, zückt sie endlich mal das eigene Portemonnaie? Kein Gedanke. Statt die Finanz-Kavallerie zur Rettung zu schicken, mobilisiert sie die Paragrafen-Reiter. Wieder einmal. Nach dem Auslaufen der Corona- und Ukraine-Isolierung soll nun eine Handvoll Änderungen und Ergänzungen im finanzwirtschaftlichen Teil der Gemeindeordnung sicherstellen, dass das ganze verheerende Ausmaß der kommunalen Finanzkrise bis zur Kommunalwahl nicht aufplopt. Oberhausen werden auch die neuen Bilanzierungstricks nicht viel nützen, wir landen so oder so im Nothaushalt. Aber andere Städte könnten durch Ausnutzung der neuen Regeln noch einmal haarscharf einen genehmigungsfähigen Haushalt vorgaukeln, zumindest auf dem Papier. Und nur darum geht es bei diesem durchsichtigen Vernebelungsmanöver.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
niemand wird Kämmerer in Oberhausen, weil er beneidet werden will. Mitleid ist allerdings auch nicht angebracht, schließlich wird der Job, danke der miesen äußeren Faktoren nie langweilig. Außerdem lesen wir bei Albert Camus, dass wir uns Sisyphos als glücklichen Menschen denken sollen, gerade dann, wenn der so mühsam hochgewuchtete Felsbrocken zum x-ten Mal den steilen Hang zurückrollt und alle bisherige Anstrengung vergebens erscheint. Gerade auch in diesem so schwierigen Haushaltsjahr gilt unser Dank Apostolos Tsalastras und seinem Team in der Kämmerei. Unser Dank und Respekt gelten darüber hinaus allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung und im Konzern Stadt für Ihr außergewöhnliches berufliches Engagement in diesen so fordernden Jahren.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister

Es ist ein schönes Signal an die Oberhausenerinnen und Oberhausener, dass es Ihnen und der Sozialverwaltung aufgrund zahlloser Gespräche und größter Anstrengungen gelungen ist, das Sterben der Kita-Landschaft und der sozialen Träger mit eigenen Bordmitteln der Stadt vorerst zu verhindern. Aber es kann und darf nicht sein, dass Sie die Verantwortlichen in der Landesregierung wie ein unterwürfiger kleiner Parteisolat unerkannt entkommen lassen. Niemand verlangt von Ihnen, dass Sie Ihren Parteifreund Wüst beschimpfen. Aber wir erwarten schon, dass Sie auch gegenüber der eigenen Truppe in Düsseldorf mal richtig laut werden. Zaghaftes Gesäusel in Pressemitteilungen jedenfalls stößt bei dieser Landesregierung nur auf taube Ohren.

SPD-Fraktion

im Rat der Stadt Oberhausen

Rathaus Oberhausen
Schwartzstraße 72
46042 Oberhausen

Telefon:
(0208) 825 2104,
825 3460 und
825 3479
Telefax:
(0208) 2 48 83

E-Mail:
buero@spd-fraktion-
oberhausen.de
Internet:
www.spd-fraktion-
oberhausen.de

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Sie stehen jetzt bald zehn Jahre an der Spitze unserer Stadt. Bei Ihrem Amtsantritt hatten Sie als wichtigste Ziele verkündet, Oberhausen aus dem wirtschaftlichen Tabellenkeller herauszuführen, eine allgemeine Aufbruchstimmung zu entfachen, die personellen Wasserköpfe in der Verwaltung auszutrocknen, die Gebührenbelastung der Bürgerinnen und Bürger zu reduzieren und die bundesweit höchsten Grund- und Gewerbesteuer-Hebesätze bei erstbesten Gelegenheit abzusenken. Lassen Sie uns knapp anderthalb Jahre vor der Kommunalwahl stichwortartig eine vorläufige, wenngleich keineswegs vollständige Bilanz Ihres bisherigen Wirkens ziehen.

Stichwort „**wirtschaftlicher Tabellenkeller**“: Im Mai letzten Jahres veröffentlichte das Institut der deutschen Wirtschaft seinen neuesten Vergleich der NRW-Städte. Die gute Nachricht für Oberhausen: Es kann nur noch aufwärts gehen. Denn die niederschmetternd schlechte Nachricht lautet: Von allen 396 Kommunen in Nordrhein-Westfalen ist Oberhausen beim wirtschaftlichen Niveau-Ranking nun erstmals auf den allerletzten Platz abgestürzt. Und ein letzter Platz ist ein letzter Platz, da mag der Aufprall im Tabellenkeller noch so dynamisch wirken. Dass sich Oberhausen im parallel durchgeführten Dynamik-Ranking deutlich verbessert hat, ist kein Trost. Im Gegenteil! Wenn selbst ein Sprung nach oben um fast 100 Plätze in der Dynamik-Tabelle das Abrutschen auf den letzten Platz beim wirtschaftlichen Niveau nicht abfangen kann, dann ist das schon eine krasse Ansage. Für einen Oberbürgermeister, der jetzt neun Jahre Zeit gehabt hat, die von ihm vollmundig angekündigte Trendwende auch in den Rankings herbeizuführen, ist das ein durchaus peinliches Zwischenzeugnis.

Stichwort „**Aufbruchstimmung**“: Dem Niveauabsturz im Mai folgte der Stimmungskiller im Oktober. Denn auch in der Bürgerschaft ist von

Aufbruchstimmung nichts zu spüren. Das ist jedenfalls das Messergebnis der jüngsten Bürgerumfrage der Verwaltung. Die Oberhausenerinnen und Oberhausener, eigentlich berühmt-berüchtigt für ihren unübertroffenen Lokalpatriotismus, identifizieren sich immer weniger mit ihrer Heimatstadt. Nur noch jeder Zweite fühlt sich als waschechter Oberhausener, nur noch die Hälfte bewertet die Lebensqualität in unserer Stadt mit gut oder sehr gut. Das heißt im Umkehrschluss: Für 50 Prozent der Menschen ist das Glas nicht halbvoll, sondern halbleer. Fast ein Viertel der Befragten würde lieber woanders leben und sechs Prozent tragen sich mit konkreten Umzugsplänen. So sieht sie aus, die Stimmung, im Jahr 9 Ihrer Regentschaft, Herr Oberbürgermeister. Dass der für die Interpretationshoheit der Umfrage zuständige Bereichsleiter sich im Nachhinein genötigt sah, die Ergebnisse gegenüber der Lokalpresse schön zu reden, wirkte rührend, hat es aber nicht besser gemacht.

Stichwort „**Personal**“: Beim Phänomen des ungebrochenen Personalaufwuchses in der Kernverwaltung fällt das Missverhältnis zwischen Ihren früheren Ankündigungen und der tatsächlichen Entwicklung so krass aus, dass sich selbst der Chefredakteur der Oberhausener WAZ – in aller Regel um Sachlichkeit bemüht – nur noch in nackten Sarkasmus flüchtet, wenn er schreibt: „Oberhausener Rathaus erweist sich als Super-Jobmaschine. Seit zehn Jahren entstehen in Oberhausen sehr viele Arbeitsplätze – besonders in der Stadtverwaltung.“ Und weiter: „Der Jobmotor Rathaus zündete in diesem Jahrhundert so häufig, dass sich die Zahl der Stadtbediensteten inklusive Lehrlingen von 2270 im Jahre 2013 auf jetzt 2960 erhöhte – ein Plus von 690 Personen, eine Vermehrung von 30 Prozent in nur zehn Jahren.“ Verstehen Sie uns nicht falsch, Herr Oberbürgermeister. Es gab und gibt für jede einzelne dieser zusätzlichen Stellen sicher sehr gute Argumente und Verwendungen, egal ob in den pflichtigen oder nichtpflichtigen Aufgabenbereichen. Und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben gerade auch in den langen, schweren Krisenjahren ganz wichtige Arbeit geleistet. Völlig unbestritten. Aber es führt kein Weg an der Tatsache vorbei, dass Sie auch in diesem Kernbereich Ihrer politischen Absichtserklärungen das exakte Gegenteil der versprochenen Trendwende vorzuweisen haben.

Stichwort „**Gebühren**“: Als Oppositionsführer haben Sie über viele Jahre den Gebührenhaushalt skandalisiert. Ihre Auftritte als leibhafter Gebühren-Furor in diesem Saal bleiben unvergesslich. Aber jetzt sind Sie seit neun Jahren der Chefdirigent im Rathaus und was hat sich bei den Gebühren getan? Erstmals zahlt die Oberhausener Musterfamilie mehr als 1.000 Euro für die Standard-Dienstleistungen. Die Kosten für die 80-Liter-Restmülltonne steigen um sieben Prozent, der Verbrennungspreis der GMVA zieht wieder stark an und die Entwässerungsgebühren erreichen ein neues Rekordhoch. Auch bei den Gebühren, Herr Oberbürgermeister, haben Sie das selbstgesetzte Klassenziel nicht erreicht.

Stichwort „**Steuern**“: Während Duisburg bereits zum zweiten Mal den Hebesatz bei der Gewerbesteuer senken will, gehört Oberhausen nach wie vor zu den bundesweiten Hebesatz-Spitzenreitern. Sowohl bei der Grundsteuer als auch bei der Gewerbesteuer leuchten die roten Schlusslichter grell, allen gutgemeinten Vorschlägen zum Trotz. Natürlich hat das mit der sogar im Vergleich zu Duisburg noch viel schwierigeren Finanzsituation unserer Stadt zu tun. Es ist nicht Ihre Schuld, Herr Oberbürgermeister, aber es ist Ihr Problem, weil Sie auch bei diesem wichtigen Thema völlig andere Erwartungen geweckt hatten.

SPD-Fraktion

im Rat der Stadt Oberhausen

Rathaus Oberhausen
Schwartzstraße 72
46042 Oberhausen

Telefon:
(0208) 825 2104,
825 3460 und
825 3479

Telefax:
(0208) 2 48 83

E-Mail:
buero@spd-fraktion-
oberhausen.de

Internet:
www.spd-fraktion-
oberhausen.de

Die versprochene Bordellverlagerung, der schleppende Wohnungsbau, das amateurhafte Fördermanangement, das eingestampfte Mobilitätskonzept, die Rückschläge beim Brückenschlag-Projekt, das Verwaltungsversagen beim Europahaus, das fehlende IT-Prozessmanagement, die verpfuschte erste Vorlage zur Linie 105, die Verzögerungen bei den WLAN-Netzen in den Oberhausener Innenstädten, die allgemeine Ideen- und Konzeptlosigkeit: Ihre Pleiten-Pech-Pannen- und-Pfusch-Liste wird immer länger. Wiedervorlage erfolgt spätestens im Kommunalwahlkampf, und ich verspreche Ihnen: Der wird von uns fair geführt, aber ganz sicher nicht langweilig.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen,

„CDU lehnt Straßenbahn 105 zum Centro ab“, so titelte die Lokalpresse am 29. September 2014, um dann weiter fürs Oberhausener Geschichtsbuch festzuhalten, ich zitiere: “Die unglaublichen Kosten und den daraus entstehenden Eigenanteil für Oberhausen, der schon 2012 mit knapp 13 Millionen Euro berechnet worden war, kann sich niemand leisten, zumal die Ausgaben erfahrungsgemäß am Ende leicht bei 100 Millionen Euro landen“, sagte Schranz. Die aus dem Eigenanteil und dem Betrieb errechneten Aufwendungen für die STOAG von 400.000 Euro im Jahre bewertet er als nicht tragbar. ‘Wir dürfen die Fahrpläne nicht noch weiter zusammen streichen, nur weil wieder mal ein Leuchtturm-Projekt her muss.’“ Damit hatten Sie, Herr Oberbürgermeister, und die Oberhausener CDU das vorläufige Todesurteil über die Linie 105 gesprochen. Und das war Ihnen auch völlig klar, ich darf wieder zitieren: „Schranz ist ziemlich überzeugt davon, dass die Kritiker des Infrastrukturprojekts beim Bürgerentscheid klar obsiegen werden. Aller Erfahrung nach würden bei ähnlichen Abstimmungen immer die Gegner der Großinvestition die Oberhand behalten [...]“.

Zehn Jahre später reibe ich mir die Augen, bleibt mir fast die Spucke weg. Aus den größten Feinden der Elche wurden plötzlich selber welche. Jetzt sind es Daniel Schranz und die Oberhausener CDU, die am vehementesten für den Lückenschluss der Straßenbahn zwischen Essen und dem Centro trommeln, koste es, was es wolle,

denn Geld scheint bei der Wiederaufführung dieses Stücks nicht mal eine Nebenrolle zu spielen.

Dabei ist die Verwandlung des Daniel Schranz vom Saulus zum Paulus der Linie 105 weder Wunder noch Mysterium, sondern schlicht und ergreifend Ergebnis einer Interessen-Rochade. Sie waren 2015 gegen die Linie 105, weil Sie unbedingt Oberbürgermeister werden wollten. Dafür haben Sie ein Leuchtturm-Projekt der politischen Konkurrenz abgeschossen. Und Sie sind heute für die Linie 105, weil Sie unbedingt Oberbürgermeister bleiben wollen und Sie angesichts durchwachsender Bilanz selber ein Leuchtturm-Projekt im Kommunalwahlkampf gut gebrauchen können. So einfach ist die Welt. Und kommen Sie uns bloß nicht mit irgendwelchen hehren Motiven der Umkehr und späten Reue. Sie können uns für blöd halten, aber halten Sie uns nicht für saublöd, meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU. Ihre 180-Grad-Wende bei der Linie 105 entspringt nicht besserer Einsicht, hat nichts mit der modifizierten Trassenführung oder geänderten Details der Bauausführung zu tun. Sie sind heute dafür, nachdem Sie früher dagegen waren, weil es jetzt Ihr Leuchtturmprojekt ist. Punkt.

Die Linie 105 könnte längst fahren, wenn Daniel Schranz und die Oberhausener CDU sie nicht vor zehn Jahren eiskalter Parteitaktik geopfert hätten. Denn ohne die Mobilisierung der CDU-Anhängerschaft hätte der Ratsbürgerentscheid vom 8. März 2015 niemals die kritische Masse für die verbindliche Ablehnung geschafft, so viel Selbstbewusstsein dürfen Sie schon auf die Waage legen. Ihr damaliges Verhalten hat der Stadt und der Mobilität im westliche Ruhrgebiet einen immensen Schaden zugefügt. Denn 2024 ist die Ausgangslage weitaus schwieriger: 2015 hatten wir ein durchgeplantes Projekt inklusive Förderzusagen des Landes. 2015 hatten wir Planungskosten von 3,4 Millionen Euro. Heute fällt allein für die Planung fast das Vierfache an. 2015 betrugen die Gesamtkosten unter 80 Millionen Euro. Heute rechnet man mit bis zu 132 Millionen Euro. Und am wichtigsten: 2015 waren jährliche Betriebskosten von 400.000 Euro für Sie das entscheidende K.o.-Kriterium, während die aktuelle Schätzung der jährlichen Betriebskosten ab 2023 in Höhe von bis zu 6,2 Millionen Euro trotz größter Haushaltsnot Ihnen keine schlaflosen Nächte zu bereiten scheint. Sollte die Linie 105 erneut und dann wohl endgültig an der Bevölkerung scheitern, wäre auch dies eine Spätfolge Ihres zynischen Machtspielchens von vor zehn Jahren.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

am Mittwoch der vorletzten Woche versammelten sich auf dem Friedensplatz mehr als 5.000 Oberhausenerinnen und Oberhausener, um ein starkes und unübersehbares Zeichen gegen die jüngsten Ungeheuerlichkeiten der Demokratiegefährder und Demokratieverächter von rechts zu setzen. Es war die größte Kundgebung, die Oberhausen seit Jahren erlebt hat. Das hat gut getan, das hat Mut gemacht.

Die Diffamierungen und Desinformationen, die die blaue Propagandamaschine seitdem nahezu ohne Unterlass vom Stapel lässt, um die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu diffamieren, sprechen Bände. Ihre ständigen Appelle an den inneren Schweinehund im Menschen fangen immer weniger. Und seien Sie versichert: Wir sehen diese Demonstrationen nicht nur als Zeichen, sondern auch als ein

SPD-Fraktion

im Rat der Stadt Oberhausen

Rathaus Oberhausen
Schwartzstraße 72
46042 Oberhausen

Telefon:
(0208) 825 2104,
825 3460 und
825 3479

Telefax:
(0208) 2 48 83

E-Mail:
buero@spd-fraktion-
oberhausen.de

Internet:
www.spd-fraktion-
oberhausen.de

Auftrag an die demokratischen Politikerinnen und Politiker in diesem Land. Die SPD wird diesem Auftrag auch nachkommen, das steht fest.

Die SPD-Fraktion stimmt dem Haushalt 2024 zu.

Glückauf Oberhausen!

(es gilt das gesprochene Wort)



Fraktionsgeschäftsstelle

Marktstraße 148
46045 Oberhausen

Fon: +49 208 82 02 96

Fax: +49 208 82 02 980

E-Mail: fraktion@gruene-oberhausen.de

Web: gruene-ratsfraktion-oberhausen.de

Rede anlässlich der
Haushaltsverabschiedung 2024
in der Sitzung des Rates der Stadt Oberhausen
am 05. Februar 2024

- Es gilt das gesprochene Wort. -

Stefanie Opitz
Fraktionssprecherin
GRÜNE Ratsfraktion



Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Anwesende,

lassen Sie mich mit einer Feststellung beginnen, die dieser Tage und Wochen in vieler Munde ist, dennoch nach wie vor wichtig und vor allem richtig ist:

Hunderttausende Menschen beziehen öffentlich Position, setzen sich ein, zeigen Gesicht auf den Straßen, überall in diesem Lande:

Sie setzen ein Zeichen für die Demokratie, die wehrhafte und – sie grenzen sich klar und deutlich von jenen ab, die diese nicht nur gefährden, sondern beseitigen wollen:

Rechtsextreme, Faschisten und nicht zuletzt ihr parlamentarischer Arm: die AfD.

Das Ziel: Deutschland, diesen gewachsenen Rechtsstaat zu transformieren, vielmehr zu degenerieren, indem schleichend und allmählich die Demokratie aus ihren Grundfesten gehoben werden soll.

Diesen initiiert schleichenden Prozess beobachten wir, in Ungarn, in Israel, in den USA, zuvor in Polen. Er soll die betroffenen Menschen nicht in Aufruhr versetzen und dahinführen, wo Rechtsextreme sie haben wollen: Als Masse, die sich dem fügen muss, über das nicht sie, sondern selbst Auserwählte herrschen.

Aber: Diese Beobachtungen der Faschisierung in Europa und auf der Welt bleiben hierzulande nicht folgenlos.

Wir alle kennen Menschen, die auf die Straße gehen, wohlmöglich zum ersten Mal – mit den meisten hier im Saale.

Wir sind aufmerksam, wir sind wehrhaft,

doch auch hier gibt es ein Aber, ausreichend Grund zur Selbstkritik:

Lassen Sie mich ein Beispiel nennen. Bei diesem geht es um Sprache, genauer: die toxische Erzählung.

Der weichgespülte Begriff der „Remigration“ ist seit der Correctiv-Recherche in aller Munde.

An dieser Stelle wird es tricky, nicht nur, weil Correctiv aufdeckte, was seit Jahren in diesem Lande schon vor sich geht, was die Rechtsextremen mittlerweile selbstbewusst in den Mainstream-Medien feststellen. Tricky vielmehr daher, da der Begriff und der dahinterliegende Inhalt im gesellschaftlichen Diskurs ausgesprochen, wiederholt, dann übernommen wird, und – wie gerade eben, Schlagwort

„Rückführungsverbesserungsgesetz“ – auch noch gesetzlich umgesetzt wird.

Wir sollten und müssen uns aber davor hüten, die rechtsextremen Narrative sichtbar, hörbar, sogar salonfähig zu machen.

Wir sollten und müssen uns stattdessen darauf konzentrieren, was uns Demokratinnen und Demokraten ausmacht: Die kritische und auch sachliche Auseinandersetzung, im Ringen um einen tragbaren Konsens, der transparent und nachvollziehbar für alle kommuniziert werden muss.

Stattdessen vollzieht sich, vor allem auf Bundesebene anderes: Die konservativen, mittlerweile teils populistisch agierenden Kräfte in Deutschland verfolgen ein Rollback als würde sich dadurch Konservatismus oder Neoliberalismus realisieren:

- Zurück zur Atomkraft.
- Die Forderung nach Eindämmung der sogenannten illegalen Zuwanderung.
- Die schwarze Null.

Klagen und Gewinnen vor dem Bundesgerichtshof wird mit der Hybris des wirtschaftlichen Sachverstandes gefeiert und lässt unerwähnt, was das auch bedeutet: Eine Schwächung des Klimaschutzes, so als ob Klimakrise gestern war und erst übermorgen wirken wird.

Krisen, Krisen, Krisen – das ist unsere nicht enden wollende Gegenwart.

Es gibt keine einfachen Lösungen. Genauso wenig, wie es einfache Antworten in einer ungemein komplexen Welt gibt.

Und das wissen die populistischen und vor allem rechtsextremen Kräfte

und nutzen das Bedürfnis nach schlüssig knappen Antworten auf Fragen, die sich auf gespürte Unsicherheit begründen. Anstatt, dass sich die demokratischen Kräfte daher tatsächlich sachorientiert solidarisieren, wird um Neuwahlen gepitcht.

Ist auch das ein konservativer Wert?!

Machen wir uns doch nichts vor: Egal, welche demokratische Regierung dran ist, sie wird in dieser Zeit keine allgemeinverträglichen Lösungen anbieten können. Und so wie es aussieht, auch keine, die den Machterhalt stützen.

Dass die politische Auseinandersetzung teils hart bis harsch ausfällt, ist klar.

Das allseits um sich greifende GRÜNEN-Bashing besorgt mich weniger aus einer politischen Eitelkeit heraus, als der Sorge, dass es den anti-demokratischen Kräften zuspielt. Statt diese anzugehen, kloppt vor allem die Bundes-CDU auf die GRÜNEN und die Ampel ein und nähert sich populistisch durch Merz und Co. mehr und mehr AfD-Inhalten an - auch wenn auf dem letzten Parteitag eine Wende angekündigt wurde.

Wir werden sehen.

Deutschland darf nämlich nicht den Anschluss verlieren. Dass dieser droht, hat vermeintlich Wirtschaftsminister Habeck in Kürze hingekriegt und nicht zum Beispiel VW, BMW und Mercedes, die den Anschluss an die Elektromobilität verpennten.

Oder die ehemaligen Regierungen, die das Gas aus Russland holten.

Oder der ehemalige Wirtschaftsminister Altmaier, der die deutsche Solarbranche plattmachte und kaum jemanden hat es interessiert.

Die Anzahl der Menschen, die sich von den demokratischen Kräften ungehört und unbeachtet empfinden, ist alarmierend.

Wir dürfen darauf aber nicht derart reagieren, dass wir uns den menschenverachtenden Forderungen der extremen und radikalen Rechten annähern, geschweige denn angleichen. Wir, Demokratinnen und Demokraten, müssen uns ausschließlich auf unsere Werte und Ziele besinnen.

Unsere Inhalte können sich aufgrund der Krisen dieser Welt an der einen oder anderen Stelle nicht mehr stark konturiert unterscheiden, dennoch - das dürfen wir nicht vergessen - spiegeln wir nach wie vor ausreichend Reibungsflächen - die der demokratische Prozess benötigt - wider.

Ach übrigens, einen Robert Habeck hatten wir in Oberhausen auch.
Hier heißt sie Sabine Lauxen, die ehemalige grüne Beigeordnete: Was hat die in Oberhausen nicht alles in Schutt und Asche gelegt. Das können wir GRÜNE uns heute noch, gerne vom Podium aus verkündet, anhören.

Die GRÜNEN und ihre Inhalte, beispielsweise die Willkommenskultur, Gender und die ökologische Transformation wurden somit nicht nur von der AfD als Gegenpol ausgemacht, sondern die konservativen und neoliberalen Kräfte denken, insbesondere uns GRÜNE ins Visier nehmen zu müssen, vermutlich auch um damit jene einzufangen, die noch nicht anti-demokratisch verlorengeglaubt sind.

Meiner, unserer Ansicht nach, ist das nicht der richtige Weg. Wissen Sie, was mich wirklich zutiefst betrübt? Es war keineswegs nötig, das Experiment auch im Oberhausener Rat zu wagen und eine Haushaltsrede, verfasst von Chat GPT, vorzutragen. Und wissen Sie warum? Ich hätte auch die vom letzten Jahr nehmen können, ein klein wenig angepasst und fertig.

Was sagt uns das? Es geht demnach kein Ruckeln durch unsere Stadt. Ehrlicherweise ist das nicht in Gänze selbstverschuldet: Wir ringen nach wie vor um eine Lösung der Altschuldenproblematik, die dem uns vorliegenden Haushalt dominiert.

Das darf aber nicht dazu führen, dass der Verwaltungsvorstand offener denn je einfach so, nur vermeintlich politisch gesteuert, durchverwalten will.

Da werden Beratungsfolgen halbherzig formuliert, sodass Fachausschüsse quasi selbstverständlich nicht mehr das tun können oder sollen, was ihnen qua Zuständigkeitsordnung zusteht: fachlich diskutieren.

Es werden Verwaltungsvorlagen reingekippt und nach Versuch und Irrtum wieder von den Tagesordnungen genommen - weil was falsch berechnet wurde - weil was unzureichend durchdacht war, weil irgendetwas nicht stimmte.

Beschlussvorschläge finden sich in Begründungen oder lassen Raum für Interpretationen. Ein gutes Beispiel ist die heutige Vorlage zum Haushaltssicherungskonzept.

Lassen Sie uns das politische Spiel in 2024 bitte wieder ernsthafter betreiben, denn es ist keines!

Recht ernsthaft hat die CDU-Fraktion uns in dem einen und anderen Politikfeld auf dem Kieker. Scheinbar reflexhaft wird jeder Vorschlag der GRÜNEN, ob in der Planung oder Umwelt abgelehnt.

Ist das noch Inhalt oder schlicht Ausdruck gescheiteter Sondierungen?

Über diese Gespräche durften wir der Tagespresse entnehmen, dass die CDU-Fraktionsvorsitzende mutmaßt, dass es uns Grünen an Erfahrung fehlte.

Ich habe dort den Austausch über jegliche Inhalte vermisst.

Aber gut, das passt zum Ebnen des geräuschlosen Durchregierenwollens.

Und genau da bin ich dann auch wieder bei der Forderung, dass unsere Gegenwart nicht nur mehr denn je gesellschaftliche Solidarität bedarf, sondern ebenso die sachbezogene Solidarität auf den politischen Ebenen.

Lassen Sie mich daher bereits an dieser Stelle festhalten, dass wir, trotz aller berechtigter Kritik

dem vorgelegten Haushalt zustimmen werden, nicht aber der heutigen, gravierenden Änderung des Haushaltssicherungskonzeptes.

Unsere grünen Inhalte lassen sich 2024 für Oberhausen wie folgt darstellen und nein, wir erfinden dabei nicht immer wieder das Rad neu, sondern wir insistieren dort, wo es weiterhin nötig ist.

Wer durch bestimmte Bereiche unserer Stadt läuft, muss sehen, dass sich das Bild im öffentlichen Raum wandelt – nicht zum Besseren:

Vermehrt begegnet man auf den Straßen Menschen, denen anzusehen ist, dass sie belastet sind: sei es

- durch eine prekär finanzielle Lage,
- durch Obdachlosigkeit,
- durch Drogen- und Alkoholkonsum.

Wir sind nicht naiv: Die Sichtbarkeit sozialer Missstände müssen im urbanen Raum leider vorerst ausgehalten werden. Das heißt aber nicht, dass wir politisch nicht dafür sorgen sollten, Unterstützung anzubieten, Hilfe zu leisten – schlicht, das sicht- und hörbar zu machen, was manchen Menschen selbst nicht gelingt – ganz wertfrei gesprochen.

Daher fordern wir GRÜNEN für 2024 ein Konzept gegen Obdach- und Wohnungslosigkeit.

Wir wundern uns bereits seit geraumer Zeit, dass das, was sich auf den Straßen zeigt, anscheinend nicht so zur Verwaltung durchdringt, dass es vertretbar würde.

Stattdessen kümmert sich die Stadtplanung um ein Podest auf dem Altmarkt, das im wahrsten Sinne des Wortes Straßenszenen verdrängen soll.

Und wohin?

Und dann?

Das muss konzeptuell sachgerecht er- und ausgearbeitet werden. Das muss im politischen Raum diskutiert und beraten werden.

Weiterhin möchten wir, dass evaluiert wird, dass die Zahlen zum Untergewicht von Kindern, die die Schuleingangsuntersuchung durchliefen, derart erweitert wird, dass ein Zusammenhang zwischen der Meldung aus der freien Jugendarbeit zum Thema Hunger

und dem Untergewicht bei Kindern in der Schuleingangsuntersuchung ausgeschlossen oder zumindest abgeschwächt werden könnte. Und das auch für andere Jahrgänge.

Die Auswirkungen der Klimakrise sind allgegenwärtig.

Ich möchte mich an dieser Stelle im Namen der gesamten GRÜNEN Fraktion zutiefst bei den ehren- und hauptamtlichen Hilfskräften bedanken, die sich tatkräftig gegen das Hochwasser der Ruhr einsetzten.

Wir stimmen dem Oberbürgermeister zu, dass wir uns mehr mit dem Thema der Klimafolgenanpassung beschäftigen müssen.

Dabei dürfen wir aber auf keinen Fall vergessen, dass es auch nach wie vor um die Eindämmung der Ursachen der Klimakrise gehen muss.

Für uns in Oberhausen muss das heißen: nachhaltig, somit klug und vorausblickend zu bauen, mit Priorität beim Bestand.

Wenn ich mir die Änderungsanträge zum HSK anschau, fällt eines direkt ins Auge:

Da scheinen CDU und FDP die Bettensteuer bedrohlicher für den Stadtfrieden zu empfinden als die Erhöhung des Schwimmbadeintritts.

Das wird auch an der heute noch zu behandelnden und überarbeiteten Vorlage zu den Elternbeiträgen für die Ferienspiele deutlich: da wird nicht nach Einkommen gestaffelt, da gibt es keine Beachtung von Sozialkomponenten.

Familienfreundlichkeit wird in dieser Stadt nicht groß geschrieben.

Wir GRÜNEN werden daher auch in 2024 genau prüfen, dass die Familien in unserer Stadt nicht zu kurz kommen dürfen.

Nicht zuletzt werden wir das Thema „Frauen und Gesundheit“ verstärkt in den Blick nehmen. Und nein, dabei handelt es sich keinesfalls um ein Nischenthema, auch wenn ich es folgend noch weiter einkreise:

Wir GRÜNEN werden uns für das Thema Wechseljahre stark machen.

Wir möchten nicht nur, dass dieses Thema enttabuisiert wird, damit die Betroffenen mit diesem sie jahrelang begleitenden Zustand nicht weiter allein gelassen werden.

Wir möchten auch ganz pragmatisch das Augenmerk auf eine alles andere als kleine Gruppe in der Oberhausener Stadtverwaltung verweisen.

Von den knapp über 3000 Beschäftigten sind 62,6 Prozent weiblich, also gegenwärtig oder zukünftig von den Wechseljahren betroffen.

Wir möchten, dass diesen Frauen informiert und wenn nötig, unterstützend begegnet wird. Aufklärungsarbeit, Auseinandersetzung und ein vertrauensvoller Umgang im

Rahmen ihres Beschäftigungsverhältnisses sollte von ihrer Arbeitgeberin initiiert werden. Dabei gehören die männlichen Kollegen involviert, mitgenommen, wovon wir uns einen weiteren Effekt versprechen: Dass Männer sich Gesundheitsthemen und somit ihrer eigenen Gesundheit gegenüber öffnen, weil dies beruflich nicht nur endlich akzeptiert und gewünscht, sondern ebenso unterstützt wird.

In Zeiten des demografischen Wandels, in Zeiten gesellschaftlicher Krisen, die bei den Menschen Krankheiten auslösen, müssen die Arbeitgebenden ihr Fürsorgepflichtspektrum erweitern.

Zum Schluss möchte ich mich dem Aufruf des Ministerpräsidenten Henrik Wüst anschließen und somit den Kreis schließen, wenn er den „Schulterschluss der Demokraten“ fordert.

Lassen Sie uns weiterhin auf den Straßen unsere Demokratie schützen, um die offene Gesellschaft am Leben zu erhalten.

Das können wir bei den anstehenden Europawahlen unter Beweis stellen.

Lassen Sie uns auch in diesen Räumen daran ernst- und gewissenhaft arbeiten.

Lassen Sie uns unsere demokratischen Gepflogenheiten und Fähigkeiten mit vollster Überzeugung und ohne Angst weiterleben, anstatt sie von einer lauten, menschenverachtenden Minderheit niederzumachen.

Es gilt das gesprochene Wort!



Abschlussklärung

FDP im Rat der Stadt Oberhausen

zum

**Haushalt 2024
nebst seiner Anlagen**

Oberhausen, 05.02.2024

Marc Hoff
Vorsitzender

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
verehrte Kolleginnen und Kollegen,
liebe Bürgerinnen und Bürger,

Oberhausen ist eine liebenswerte schöne Stadt. Die Schwerindustrie ist gewichen und sie entwickelt sich hin zu einer regionalen Metropole für Kultur, Tourismus und Entertainment. Ihre Bürgerinnen und Bürger verleihen ihr das Wichtigste, das eine Stadt im Strukturwandel haben kann: Potenzial!

Aber auch die Altlasten in unserer Stadt, entstanden aus eben diesem Strukturwandel und jahrzehntelanger Arglosigkeit beim Haushalten, sind ebenfalls omnipräsent. Unsere Stadt ist pleite.

Erkannt hat das auch die Stadtspitze schon seit Jahren, rettet sich aber mit legalen Buchhaltungstricks wie Corona- bzw. Ukraine-Isolierung in neue Schulden. In diesem Jahr liegen die Zahlen unverblümt auf dem Tisch und der Kämmerer steht ohne Altschuldenlösung hilflos da.

Die gigantische Finanzlücke versucht er jetzt durch Maßnahmen zu stopfen, die unseren Haushalt sichern sollen. Wenn das Geld nicht reicht, versuchen wir eben mehr Geld zu scheffeln, damit es reicht. Wer soll das bezahlen? Sie! Die Bürgerinnen und Bürger.

Beispiel Theater: Ich liebe unser Theater, tolle Arbeit, echter Mehrwert auch durch die neue Intendanz. In einem Statement sagte die Theaterleitung aber zum Sparvorschlag, man könne zum Ausgleich z.B. die Kosten für die Schulführungen um 20% erhöhen. Das zeigt doch leider die Denke, die im gesamten Haushaltssicherungskonzept vorherrscht – wie bekommen wir mehr Geld in die Kassen anstatt wie sparen wir sinnvoll. Dass der Bildungsauftrag leiden soll, ist wirklich unzumutbar. Wir wollten im Theateretat noch etwas mehr einsparen, das nannten Sie, lieber Manfred Flore, Vorsitzender des Kulturausschusses, „populistisch“. Ich nenne es Mathematik. Das Theater bekommt von uns einen Zuschuss von über 32.500,- € - jeden Tag – da wird man doch auch mitsprechen und ein bisschen mehr Sparwillen erwarten dürfen?

Sie wollen neue bzw. höhere Steuern für unsere Bürger. Eine Stadt, die gerade im Tourismus eine sich entwickelnde Stärke hervorbringt, soll jetzt durch eine Bettensteuer abgewertet werden, die es in den umliegenden Kommunen gar nicht gibt. Das ist ein Wettbewerbsnachteil für Oberhausen. Sie glauben doch nicht im Ernst, dass es nur die Besucher sind, die dann mal eben 2-3 Euro mehr bezahlen müssen und wir die Auswirkungen dieser Steuer gar nicht merken? Nein, die großen Firmen, die Agenturen, die Reiseveranstalter sind es, die mit unseren Hotels direkt Kontingente verhandeln, die feilschen über Centbeträge und buchen dann eben 2km weiter in der Nachbarstadt. Mit der Bettensteuer belasten Sie nicht nur die nach Oberhausen kommenden Touristen, sie belasten die vielleicht 10 Unternehmen mit ihren ca. 200 Mitarbeitern, die diese Last tragen müssen. Wie ungerecht ist das bitte schön? Dann können Sie auch gleich in alter Gewohnheit die Gewerbesteuer hochschrauben, dann bezahlen es wenigstens alle Gewerbetreibenden. So eine Bettensteuer ist kontraproduktiv und maximal nutzlos.

Dann zur Hundesteuer, eine Abgabe, die in Oberhausen sowieso schon wesentlich höher ist als in anderen Kommunen. Kreativität bei diesem Punkt kommt von der CDU, die mit ihrer Listenhund-Lenkungsmaßnahme zeigt, dass sie den ursprünglichen Sinn bei der Einführung der Hundesteuer sehr wohl verstanden hat – das war allerdings zu Kaisers Zeiten: die Hundesteuer war eine Luxussteuer. Aber manche sagen auch heute noch: „Ein Haustier muss man sich leisten können.“

Dass ausgerechnet CDU und SPD diese Maßnahme positiv vorberaten haben, entbehrt nicht einer gewissen Komik. Ist es nicht die SPD, deren Mantra es ist, die Altersarmut bekämpfen zu wollen? Ist es nicht die CDU, deren Herzensaufgabe es ist, die Einsamkeit zu bekämpfen? Wann tritt Einsamkeit denn in vielen Fällen auf? Gerade im Alter. Was bzw. wer hilft gerade älteren alleinstehenden Menschen, sich nicht einsam zu fühlen? Wer hilft, bei der täglichen Gassi Runde soziale Kontakte zu knüpfen? Wer hilft, sich auch im Alter fit zu halten, Gesundheitskosten zu sparen und die Lebensqualität signifikant zu erhöhen? Genau – ein Hund! Und gerade denen, die entweder sowieso schon wenig Geld haben oder die sich tragischerweise für die falsche Rasse entschieden haben, denen werfen Sie jetzt noch Stöckchen – zwischen die Beine. Die Hundehalter sollen also die schlechte Haushaltslage ausgleichen? Der Vorschlag ist wirklich hilflos.

Schauen wir auf Einsparungen innerhalb der Stadtverwaltung. Hier haben wir vorgeschlagen, mittelfristig auch bei den Personalkosten ca. 5% einzusparen. Dass dies eine Einsparung von über 150 Stellen in den nächsten 10 Jahren ausmachen würde und dass diese Idee völlig unrealistisch sei, wurde uns von Seiten der Kämmerei mitgeteilt. Unsere Ideen seien laut SPD-Fraktionschefin Bongers ein „Schnellschuss“, der mal eben schnell „hingeschmiert“ wäre. Eine mutige Aussage für eine Fraktion, die nicht eine einzige Idee selbst als Änderungs- bzw. Ergänzungsvorschlag eingebracht hat.

Ist unsere Forderung nach einer schlankeren Verwaltung denn wirklich so unrealistisch? Der damalige CDU-Fraktionsvorsitzende und heutige Oberbürgermeister Daniel Schranz forderte im Wahlkampf 2014 noch 300 Stellen zu streichen – das waren über 15% Einsparung. Die Realität sieht anders aus: Statt diese einzusparen haben Sie in den letzten 10 Jahren über 25% mehr Stellen geschaffen. Lieber Herr Oberbürgermeister, das ist kein Vorwurf! Tiefgreifende Änderungen, unvorhersehbare Krisen, es geht uns nicht um die Vergangenheit. Was wir aber klarstellen wollen ist, dass die Einsparung von 5% außerhalb dieser Krisen vielleicht ambitioniert ist aber doch nicht „unrealistisch“. Wir wissen, dass die meisten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Verwaltung einen herausragenden Job machen – allerdings in alter vorgegebener Struktur – und hier liegt das Einsparungspotenzial. Das alles ungeprüft als „unrealistisch“ zu bezeichnen ist einfach nur mutlos.

Fassen wir zusammen:

Der Kämmerer ist hilflos.

Geplante Maßnahmen sind meist nutzlos.

Das Haushaltssicherungskonzept ist mutlos.

Hilflos – nutzlos – mutlos. Das kann doch nicht die Lösung für die Probleme unserer Stadt sein!

Lieber Herr Oberbürgermeister, haben Sie doch den Mut, die Verwaltung zu einem bürgerfreundlichen "One-Stop-Shop" umzubauen, installieren Sie eine effektive Prozessoptimierung in Ihrem Unternehmen Stadt und zeigen Sie uns, dass unsere Stadt nicht nur liebenswert, sondern auch leistungsfähig ist – entfesseln Sie das Potenzial unserer wunderbaren Heimat Oberhausen.

Vielen Dank.